

LANGUAGE:	DE
CATEGORY:	ORIG
FORM:	F02
VERSION:	R2.0.9.S01
SENDER:	ENOTICES
CUSTOMER:	ECAS_ntraetst
NO_DOC_EXT:	2017-067100
SOFTWARE VERSION:	9.5.2
ORGANISATION:	ENOTICES
COUNTRY:	EU
PHONE:	/
E-mail:	traetow@steinburg.de
NOTIFICATION TECHNICAL:	YES
NOTIFICATION PUBLICATION:	YES

Auftragsbekanntmachung

Dienstleistungen

Richtlinie 2014/24/EU

Abschnitt I: Öffentlicher Auftraggeber

I.1) **Name und Adressen**

Kreisverwaltung Steinburg
Karlstraße 13
Itzehoe
25524
Deutschland
Kontaktstelle(n): Frau Stöckmann
Telefon: +49 482169-544
E-Mail: stoeckmann@steinburg.de
Fax: +49 482169-476
NUTS-Code: DEF0E
Internet-Adresse(n):
Hauptadresse: www.steinburg.de

I.2) **Gemeinsame Beschaffung**

I.3) **Kommunikation**

Die Auftragsunterlagen stehen für einen uneingeschränkten und vollständigen direkten Zugang gebührenfrei zur Verfügung unter: <http://www.steinburg.de/kreisverwaltung/bekanntmachungen-stellenangebote/ausschreibungen/eu-weite-ausschreibungen.html>
Weitere Auskünfte erteilen/erteilt die oben genannten Kontaktstellen
Angebote oder Teilnahmeanträge sind einzureichen an die oben genannten Kontaktstellen

I.4) **Art des öffentlichen Auftraggebers**

Regional- oder Kommunalbehörde

I.5) **Haupttätigkeit(en)**

Allgemeine öffentliche Verwaltung

Abschnitt II: Gegenstand

II.1) **Umfang der Beschaffung**

II.1.1) **Bezeichnung des Auftrags:**

Neubau der Kreisverwaltung Steinburg in Itzehoe - Objektplanung gem. § 34 HOAI (LPH 1-3 sowie optional LPH 4-6 und 7-9

II.1.2) **CPV-Code Hauptteil**

71240000

II.1.3) **Art des Auftrags**

Dienstleistungen

II.1.4) **Kurze Beschreibung:**

Der Kreis Steinburg beabsichtigt, den Standort seiner Verwaltung in einem zentral gelegenen Quartier in Itzehoe weiterzuentwickeln und größtenteils neu zu bebauen. Das Investitionsvolumen beträgt ca. 22 MIO

Euro BRUTTO für die Kostengruppen 300+400 gem. DIN 276. Projektfertigstellung ist für das 2. Quartal 2024 geplant.

II.1.5) **Geschätzter Gesamtwert**

Wert ohne MwSt.: 1 880 000.00 EUR

II.1.6) **Angaben zu den Losen**

Aufteilung des Auftrags in Lose: nein

II.2) **Beschreibung**

II.2.1) **Bezeichnung des Auftrags:**

II.2.2) **Weitere(r) CPV-Code(s)**

71240000

II.2.3) **Erfüllungsort**

NUTS-Code: DE

NUTS-Code: DEF0E

Hauptort der Ausführung:

Itzehoe

II.2.4) **Beschreibung der Beschaffung:**

Grundaussage / Zielstellung / Umfang

Der Landkreis Steinburg beabsichtigt, den Standort seiner Verwaltung in einem zentral gelegenen Quartier in Itzehoe weiterzuentwickeln und größtenteils neu zu bebauen. Ziel ist ein harmonisch-spannungsreiches Gebäudeensemble aus Bestands- und Neubauten, Plätzen und Wegebeziehungen, das zeitgemäßen und zukünftigen Ansprüchen an einen dienstleistungsorientierten und bürgernahen Verwaltungsstandort genügen soll. Das Investitionsvolumen beträgt rd. 22Mio€ BRUTTO (KG 300+400) für rd. 10.100qm Bruttogrundfläche. Leitidee: 2016 wurde ein zweistufiger städtebaulicher Ideenwettbewerb mit Öffentlichkeitsbeteiligung durchgeführt. Ergebnis ist eine als „Leitidee“ benannte Grundfigur, die Quantitäten, Raumbeziehungen, Stadtbildverträglichkeit, Wirtschaftlichkeit und Erweiterbarkeit transportieren und Orientierung geben soll. Stadtraum / Denkmalpflege: Das Quartier zwischen Viktoriastraße, Poststraße, Karlstraße und Bahnhofstraße liegt am Rand des als Stadtkern geltenden Bereichs und ist von Blockrandbebauung geprägt. Kern der Verwaltungsliegenschaften ist das Kulturdenkmal Historisches Landratsamt. Es wirkt identitätsbildend für die Institution Kreis Steinburg, prägt die Viktoriastraße und ist einer der Ausgangspunkte für die Ausweisung der gesamten Straße als Ensemble mit besonderem Wert (2016). Ggf. fallen hieran angrenzende Gebäudeteile unter die Vorgabe des Denkmalschutzgesetzes. Gefordert wird ein grundsätzlich bewusster Umgang mit räumlichen Bezügen, Proportionen und Gewichtungen, Gliederungen der Baukörper, Fassadengliederungen und -materialien, vertikalen und horizontalen Oberflächenstrukturen und Farben.

Entwurf / Programm: Planungsgegenstand ist die Objektplanung in Anlehnung an die Leitidee. Rd. 10.100 m² BGF Neubaufäche sind im Quartier im Einzugsbereich des Kulturdenkmals „historisches Landratsamt“ zu errichten bzw. dort anzuschließen.

Ein Raumprogramm soll sowohl auf die entstehenden Neubaufächen als auch auf weitgehend unveränderliche Bestandsgebäude (historisches Landratsamt und Hofanbau) angewendet werden. Ziel ist, Gebäude mit flexiblen Raumsystemen zu entwickeln, die verschiedene Szenarien der Büro- sowie alternative Nachnutzungen (z. B. freiberufliches Gewerbe, Wohnen) ermöglichen und entsprechende Wandlungsfähigkeit bieten. Modulare Strukturen (z.B. Achsenraster, Elementierungen, Hohlraumböden) sollen das Potential unterschiedlicher Grundrissbildungen sichern. Grundsätzlich ist die Typologie des Kombibüros anzuwenden. Ausgehend von Analysen zu Ablauforganisation und Wirtschaftlichkeit soll ein prinzipieller Mustergrundriss mit einer lichten Tiefe von rd. 14m Entwurfsgrundlage sein. Zentrale Erschließungsbereiche sind neu zu entwickeln.

Technik / Konstruktion: Das Ziel ist die Errichtung zeitgemäßer, wirtschaftlicher und zukunftssicherer Gebäude. Die Primärstruktur (Aussenwände, Fassaden, Geschossdecken, Stützen, Treppenhäuser, Schächte für Aufzüge, Haustechnik..) muss wirtschaftlich, belastbar und dauerhaft sein. Veränderliche, der jeweiligen Grundrisstypologie folgende Strukturen (Trennwände, Unterdecken, Hohlraumböden) bilden die Nutzungsoberflächen und haben Anforderungen an Akustik, Ästhetik, etc. zu erfüllen. Es sind vorzugsweise (innovative) Konstruktionen mit hohem Vorfertigungsgrad einzusetzen. Es ist von Tiefgründungen auszugehen.

Energie: Aufgabe ist es, ein nutzungsgerechtes Haustechnikkonzept zu entwickeln, das Anforderungen der Neubauten und Bestandsbauten zusammenführt. Lösungen müssen wirtschaftlich in Bau und Betrieb sowie nachhaltig im Hinblick auf zukünftige Erweiterungen oder Reduzierungen der Liegenschaften sein.

Baubetrieb: Die Funktion der Kreisverwaltung ist aufrecht zu erhalten und die Belastung der Mitarbeiter und umgebender Wohnbebauung gering zu halten.

Öffentlichkeit: Die im vorgeschalteten städtebaulichen Wettbewerbsverfahren etablierte Praxis der aktiven Bürgerbeteiligung und -information soll in der Objektplanungsphase fortgeführt werden.

II.2.5) **Zuschlagskriterien**

Die nachstehenden Kriterien

Qualitätskriterium - Name: Projektumsetzung / Gewichtung: 15

Qualitätskriterium - Name: Projektcontrolling / Gewichtung: 25

Qualitätskriterium - Name: Qualität des eingesetzten Personals / Gewichtung: 20

Qualitätskriterium - Name: Präsentation und Arbeitsprobe / Gewichtung: 10

Preis - Gewichtung: 30

II.2.6) **Geschätzter Wert**

Wert ohne MwSt.: 1 880 000.00 EUR

II.2.7) **Laufzeit des Vertrags, der Rahmenvereinbarung oder des dynamischen Beschaffungssystems**

Laufzeit in Monaten: 80

Dieser Auftrag kann verlängert werden: nein

II.2.9) **Angabe zur Beschränkung der Zahl der Bewerber, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden**

Geplante Anzahl der Bewerber: 6

Objektive Kriterien für die Auswahl der begrenzten Zahl von Bewerbern:

Alle Bewerber, die einen Teilnahmeantrag fristgerecht eingereicht haben und die formalen Kriterien und Mindestanforderungen erfüllen, sind für die Wertung der Auswahlkriterien zugelassen. Der Auftraggeber wählt anhand der erteilten Auskünfte über die Eignung der Bewerber unter den Bewerbern, die nicht ausgeschlossen wurden und die die genannten Anforderungen erfüllen, diejenigen aus, die er zu Verhandlungen auffordert. Die Auswahl erfolgt anhand von insgesamt vier Referenzprojekten und einer zusätzlichen Referenzliste.

Zu den vier Referenzprojekten:

Es sind je zwei Referenzen mit dem Schwerpunkt "Verwaltungsbau / Büro" und je zwei Referenzen mit dem Schwerpunkt "Bauen im historischen Kontext" darzustellen.

Die Kriterien der Referenzen mit Schwerpunkt "Verwaltungsbau / Büro" beziehen sich auf die vergleichbare Größe (0-2 Punkte), die vergleichbare Bauaufgabe (0-3 Punkte), das vergleichbare Leistungsbild (0-3 Punkte), die vergleichbare angestrebte Qualität (0-10 Punkte) und die Vorlage eines Referenzschreibens bzw. einer Referenzbeurteilung des Auftraggebers (0-2 Punkte).

Die Kriterien der Referenzen mit Schwerpunkt "Bauen im historischen Kontext" beziehen sich auf die vergleichbare Bauaufgabe (0-4 Punkte), das vergleichbare Leistungsbild (0-3 Punkte), die vergleichbar angestrebte Qualität (0-4 Punkte) und die Vorlage eines Referenzschreibens bzw. einer Referenzbeurteilung durch den Auftraggebers (0- 2 Punkte).

Zu der Referenzliste:

Zusätzlich zu den vier ausführlich dargestellten Referenzen ist eine Referenzliste mit Projekten vorzulegen, die überwiegend nach Prinzipien des elementierten Bauens geplant und ausgeführt wurden. Eine Mindest - oder Höchstzahl der anzugebenden Projekte wird nicht vorgegeben.

Insgesamt können mit den Referenzen maximal 68 Punkte erreicht werden. Näheres hierzu siehe Abschnitt 3 des Auswahlbogens.

Der bei der Auswahl verwendete Auswahlbogen mit den formalen Kriterien, Mindestanforderungen und Auswahlkriterien wird mit dem Bewerbungsbogen zur Verfügung gestellt.

Erfüllen mehrere Bewerber gleichermaßen die Anforderungen und ist die Bewerberzahl nach einer objektiven Auswahl entsprechend der zu Grunde gelegten Kriterien zu hoch, behält sich die Vergabestelle vor, unter den verbliebenen Bewerbern anlog § 75 (6) VgV zu lösen.

II.2.10) Angaben über Varianten/Alternativangebote

Varianten/Alternativangebote sind zulässig: nein

II.2.11) Angaben zu Optionen

Optionen: ja

Beschreibung der Optionen:

1) Leistungsphasen 4-6 und

2) Leistungsphasen 7-9 Objektplanung gem. § 34 HOAI also optionale stufenweise Beauftragung durch Bestimmung des AG

3) Besondere Leistung in allen Leistungsphasen als optionale Beauftragung durch Bestimmung des AG (ggf. in noch von dem Auftraggeber festzulegenden Stufen)

II.2.12) Angaben zu elektronischen Katalogen

II.2.13) Angaben zu Mitteln der Europäischen Union

Der Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der EU finanziert wird: nein

II.2.14) Zusätzliche Angaben

Bietergemeinschaften sind zugelassen, wenn jedes Mitglied der Bietergemeinschaft gesamtschuldnerisch haftet und dem Auftraggeber ein Ansprechpartner benannt und mit unbeschränkter Vertretungsbefugnis ausgestattet wird (vgl. Formular 1E).

Im Rahmen der Bewertung werden auch die optionalen Leistungen mitberücksichtigt.

Abschnitt III: Rechtliche, wirtschaftliche, finanzielle und technische Angaben

III.1) Teilnahmebedingungen

III.1.1) Befähigung zur Berufsausübung einschließlich Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister

Auflistung und kurze Beschreibung der Bedingungen:

Angaben der Bewerber gemäß § 122 GWB ff. bzw. § 75 VgV. Mit dem Teilnahmeantrag sind folgende

Unterlagen und Erklärungen abzugeben:

- ausgefüllter Teilnahmebogen, herunterzuladen bei der genannten Kontaktstelle

- Anlage 1A: Erklärung zu den Ausschlussgründen (Vordruck)

- Anlage 1B: Erklärung, ob und auf welche Art der Bewerber auf den Antrag bezogen in relevanter Weise mit anderen zusammenarbeitet (Vordruck),

- Anlage 1C: Eigenerklärung zur Tariftreue und zur Zahlung eines Mindestlohns (Vordruck)

- Anlage 1D: Erklärung über die ordnungsgemäße Entrichtung von Steuern und Sozialabgaben (Vordruck)

- ggf. Anlage 1E: Bevollmächtigung des Vertreters bei Bietergemeinschaften (Vordruck):

- ggf. Anlage 1F: Angaben zu Auftragsteilen in einer Bietergemeinschaft (Vordruck)
 - ggf. Anlage 1G: Erklärung über die Leistungsbereitstellung bei Unterauftragnehmern (Vordruck)
 - Nachweis 2A: Bescheinigung über eine abgeschlossene Berufshaftpflichtversicherung mit den unter III. 1. 2. genannten Deckungssummen (in Kopie) oder den Nachweis über die Anhebung gemäß Ziffer III.1.2. Bei Bietergemeinschaften siehe ebenfalls Ziffer III.1.2.
 - Nachweis 2B: Erklärung über den Umsatz des Bewerbers in den letzten drei Jahren (durchschnittlicher Jahresteilumsatz mind. 1,0 Mio. Euro (Netto))
 - Nachweis 3A: Nachweis der beruflichen Befähigung und Erlaubnis der Berufsausübung für den / die Projektleiter/in (in Kopie): geforderte Berufsqualifikation gem. § 75 (1) VgV: Architekt/in
 - Nachweis 3B: Bestätigung der Referenzen durch den Bauherren, § 46 (3) 1 VgV - gefordert ist mindestens die Bestätigung einer befriedigenden Qualität der Arbeit
 - Nachweis 3C: Darstellung von vier vergleichbaren Referenzprojekten für Leistungen Objektplanung gem. § 34 HOAI (siehe II.2.9) mit Referenzschreiben (siehe Nachweis 3B) - gefordert wird die Erfahrung mit öffentlichen Auftraggebern
 - Nachweis 3D: Angaben zur Beschäftigtenzahl in den letzten drei Jahren - gefordert sind mind. 6 festangestellte Architekten
 - ggf. Nachweis 3E: Angaben zu elementierten Bauen
- Die aufgezählten Nachweise müssen aktuell (bis auf Kammerurkunden, Diplom-Urkunden und Referenzschreiben) nicht älter als 12 Monate und noch gültig sein. Mehrfachbeteiligungen in personell identischer Form werden nicht zugelassen.

III.1.2) **Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit**

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

(A) Aktueller Nachweis (nicht älter als 12 Monate und noch gültig) der Berufshaftpflichtversicherung (mind. 1,5 Mio. EURO für Personenschäden, mind. 0,5 Mio. Euro für sonstige Schäden).

Die ausgewählten Bieter müssen zur Angebotsabgabe den Nachweis über eine Berufshaftpflichtversicherung (mit mind. 2.5 Mio. Euro für Personenschäden, mind. 1,5 Mio. Euro für sonstige Schäden) erbringen. Die schriftliche Bestätigung der Versicherung der Bieter, die Berufshaftpflicht im Auftragsfall auf die geforderten Höhen anzuheben, ist als Nachweis ausreichend. Es ist der Nachweis zu erbringen, dass die Maximierung der Ersatzleistung mind. das Zweifache der Versicherungssumme beträgt.

Versicherungsnachweise bei Bietergemeinschaften müssen von jedem Mitglied einzeln und jeweils in voller Deckungshöhe nachgewiesen werden. Es ist der Nachweis zu erbringen, dass die Maximierung der Ersatzleistung mind. das Zweifache der Versicherungssumme beträgt, d. h. die Versicherung muss bestätigen, dass für den Fall, dass bei dem Bewerber mehrere Versicherungsfälle in einem Jahr eintreten (z. B. aus Verträgen mit anderen Auftraggebern), die Obergrenze für die Zahlungsverpflichtung der Versicherung bei mindestens dem Zweifachen der oben stehenden Versicherungssummen liegt.

Erklärung über den Teilumsatz des Bewerbers für den Leistungsbereich Objektplanung gem. § 34 HOAI in den letzten drei Geschäftsjahren (je Jahr 2014, 2015, 2016). Der durchschnittliche Jahresteilumsatz muss mind. 1,0 Mio. Euro (Netto) erreichen.

Sofern in Bietergemeinschaft bzw. mit Unterbeauftragung angeboten wird, muss die Jahresgesamtsumme aller Mitglieder der Bietergemeinschaft bzw. inkl. der Unterauftragnehmer zusammen den genannten Mindestwert erreichen. In der Erklärung sind die Umsatzzahlen jeweils pro Mitglied der Bietergemeinschaft oder Unterbeauftragung einzeln anzugeben.

III.1.3) **Technische und berufliche Leistungsfähigkeit**

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

(A) Nachweis der beruflichen Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung:

- Architekt/-in gem. § 75 (1) VgV für die Leistung Objektplanung gem. § 34 HOAI

(B) Bestätigung der Referenzen durch den Bauherrn, § 46 (3) 1 VgV

- Die Beurteilung der Leistung der in 3C aufgeführten Referenzen durch den Bauherrn muss mindestens eine befriedigende Qualität der Arbeit bestätigen.

(C) Nachweis der erbrachten Leistungen, gem. § 46 (3) 1 VgV, für vier Projekte der Leistungsbereiche Objektplanung gem. § 34 HOAI:

Alle Projekte müssen innerhalb der vergangenen 77 Monate (Stichtag 01.01.2011) mit dem Abschluss der Leistungsphase 4- 8 und einer Übergabe an den Nutzer realisiert worden sein. Entsprechende Referenzen sind unter Angabe der Projektbeschreibung, der erbrachten Leistungen gem. HOAI (Leistungsbild und Leistungsphasen), des Leistungszeitraums von Beginn bis Abschluss Leistungsphase 8 und Übergabe an den Nutzer, der Nennung des Projektleiters und ggf. beteiligter Unterauftragnehmer /ARGE-Partner, der Nennung des Bauherrn mit Ansprechpartner und Telefonnummer und der Vorlage eines Referenzschreibens bzw. einer Referenzbeurteilung des Bauherrn einzureichen. Die vier vergleichbaren Referenzprojekte sind auf max. je einem Blatt DIN A3 detailliert vorzustellen.

Aus den vier vergleichbaren Referenzen soll die Qualifikation des Bewerbers hinsichtlich der Erfahrung mit vergleichbaren Projekten ersichtlich werden.

Mit den Referenzen ist zwingend Erfahrung mit öffentlichen Auftraggebern nachzuweisen. Das Referenzschreiben / die Beurteilung des Bauherrn muss mindestens eine befriedigende Qualität der Arbeit bestätigen.

(D) Angabe der im Jahresdurchschnitt beschäftigten Mitarbeiter und Führungskräfte der letzten drei Jahre (Je Jahr 2014, 2015, 2016):

Für den Leistungsbereich Objektplanung gem. § 34 HOAI sind im Durchschnitt der letzten drei Jahre mind. 6 festangestellte Architekten bzw. Absolventen der Fachrichtung Architektur (mind. FH-Abschluss) nachzuweisen. Bietergemeinschaften und Bewerber mit Unterauftragnehmern können diese Anforderungen gemeinsam erfüllen.

(E) Angaben zu elementierten Bauen, § 46 (3) 1 VgV:

- Unabhängig von den in 3C aufgeführten Referenzen ist eine Referenzliste mit Projekten vorzulegen, die überwiegend nach Prinzipien des elementierten Bauens geplant und ausgeführt wurden. Es wird keine Mindest- oder Höchstzahl von aufzuzählenden Projekten vorgegeben.

III.1.5) **Angaben zu vorbehaltenen Aufträgen**

III.2) **Bedingungen für den Auftrag**

III.2.1) **Angaben zu einem besonderen Berufsstand**

III.2.2) **Bedingungen für die Ausführung des Auftrags:**

Geforderte Berufsqualifikation gem. § 75 (1) VgV.

Als Berufsqualifikation wird der Beruf Architekt/-in für die Leistung gem. § 34 HOAI gefordert.

Juristische Personen sind zugelassen, wenn sie für die Durchführung der Aufgabe verantwortliche Berufsangehörige gem. vorangegangenen Satz benennen.

Die Durchführung der Leistung soll gem. § 73 (3) VgV unabhängig von Ausführungs- und Lieferinteressen erfolgen.

Der Auftragnehmer sowie sämtliche mit der Ausführung befassten Beschäftigten desselben werden nach Maßgabe des Gesetzes über die förmliche Verpflichtung nichtbeamteter Personen (Verpflichtungsgesetz) vom 02.03.1974 , geändert durch das Gesetz vom 15.08.1974 , durch die zuständige Stelle des Auftraggebers gesondert verpflichtet.

Zu weiteren Bedingungen siehe u. a. auch III.1.1, III.1.2, III.1.3

Nicht unterzeichnete Teilnahmeanträge sowie fehlende Eigenerklärungen und Nachweise, die erfolglos nachgefordert wurden, führen zum Ausschluss (§§ 56 und 57 VgV) .

III.2.3) **Für die Ausführung des Auftrags verantwortliches Personal**

Verpflichtung zur Angabe der Namen und beruflichen Qualifikationen der Personen, die für die Ausführung des Auftrags verantwortlich sind

Abschnitt IV: Verfahren

IV.1) **Beschreibung**

IV.1.1) **Verfahrensart**

Verhandlungsverfahren

IV.1.3) **Angaben zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem**

IV.1.4) **Angaben zur Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer oder Lösungen im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs**

IV.1.5) **Angaben zur Verhandlung**

IV.1.6) **Angaben zur elektronischen Auktion**

IV.1.8) **Angaben zum Beschaffungsübereinkommen (GPA)**

Der Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen: ja

IV.2) **Verwaltungsangaben**

IV.2.1) **Frühere Bekanntmachung zu diesem Verfahren**

IV.2.2) **Schlussstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge**

Tag: 21/06/2017

Ortszeit: 11:00

IV.2.3) **Voraussichtlicher Tag der Absendung der Aufforderungen zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber**

Tag: 20/07/2017

IV.2.4) **Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können:**

Deutsch

IV.2.6) **Bindefrist des Angebots**

IV.2.7) **Bedingungen für die Öffnung der Angebote**

Abschnitt VI: Weitere Angaben

VI.1) **Angaben zur Wiederkehr des Auftrags**

Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: nein

VI.2) **Angaben zu elektronischen Arbeitsabläufen**

VI.3) **Zusätzliche Angaben:**

Bewerbungen per E-Mail sind nicht zulässig. Die Bewerbungsfrist ist zwingend einzuhalten. Die geforderten Unterlagen sind bei Bietergemeinschaften für alle Mitglieder vorzulegen, wobei jedes Mitglied seine Eignung für die Leistung nachweisen muss, die es übernehmen soll; die Aufteilung ist anzugeben. Bei Bewerbungen mit Unterauftragnehmern sind die geforderten Unterlagen für den Bewerber sowie für alle Unterauftragnehmer vorzulegen.

Ausländische Bewerber können an der Stelle der geforderten Eignungsnachweise auch vergleichbare Nachweise vorlegen. Sie werden anerkannt, wenn die nach Maßgabe der Rechtsvorschriften des Staates, in dem das Unternehmen ansässig ist, erstellt wurden. Bestätigungen in anderen als der deutschen Sprache sind in Übersetzung vorzulegen.

Das Format der Unterlagen darf DIN A3 nicht überschreiten. Die einzureichenden Unterlagen bitte deutlich sichtbar mit Ziffern und Buchstaben in der im Bewerbungsbogen vorgegebenen Reihenfolge kennzeichnen. Für die geforderten Angaben sind die Vordrucke sowie der Bewerbungsbogen auszufüllen. Diese Unterlagen sind unter der folgenden Adresse herunterzuladen:

<http://www.steinburg.de/kreisverwaltung/bekanntmachungen-stellenangebote/ausschreibungen/eu-weite-ausschreibungen.html>

Es sind nur Bewerbungen mit vollständig ausgefüllten und unterschriebenem Bewerbungsbogen / Teilnahmebogen sowie der beigefügten Vordrucke und den darin geforderten Angaben und Anlagen einzureichen. Der Bewerberbogen / Teilnahmebogen und die Vordrucke sind an den gekennzeichneten Stellen zu unterschreiben. Die Unterlagen sind nur mit der originalen Unterschrift (keine Scans, Kopien o. ä.) eines Unterschriftsberechtigten Vertreters des Wirtschaftsteilnehmers gültig.

Die Vergabestelle behält sich vor, weitere Angaben zu fordern.

Die Bewerbung ist in einem als Teilhmeantrag (mit Angabe der Vergabenummer) gekennzeichneten, verschlossenen Umschlag einzureichen. Die Bewerbung und dazugehörige Unterlagen werden nicht zurückgesandt.

Bekanntmachung sowie Vergabeunterlagen finden Sie unter der folgenden Adresse:

<http://www.steinburg.de/kreisverwaltung/bekanntmachungen-stellenangebote/ausschreibungen/eu-weite-ausschreibungen.html>

Es erfolgt kein Versand der Bewerbungsunterlagen per Post oder per E-Mail.

Fragen zu diesem Vergabeverfahren und den Unterlagen sind ausschließlich schriftlich, vorzugsweise per E-Mail, unter Beachtung der Fristanforderungen, d. h. spätestens 6 Tage vor Ablauf der Bewerbungsfrist mit dem Betreff "Kreis Steinburg Kreishaus" an den unter Ziffer I.1. benannten Ansprechpartner zu richten.

Fragen und Antworten werden während der Bewerbungsphase in anonymisierter Form auf der oben angegebenen Homepage regelmäßig veröffentlicht. Die Bewerber haben sich regelmäßig unter der genannten Homepage über aktuellen Fragen / Antworten im Rahmen des Teilnahmewettbewerbs zu informieren.

Ein Versand der Fragen und Antworten während der Bewerbungsphase per E-Mail erfolgt nicht.

Mit der Angebotsaufforderung wird den Bewerbern eine Aufgabenstellung zur Einreichung einer Arbeitsprobe zugesandt. Die Arbeitsprobe wird pauschal mit einem Nettobetrag von 2.400,-€ vergütet und ist mit den Angebotsunterlagen und der Beantwortung der Fragen zu einem in der Angebotsaufforderung benannten Termin einzureichen.

Weitere vorläufige Termine des dem Teilnahmewettbewerb anschließenden Verhandlungsverfahrens:

Versendung der Angebotsanforderung 29 KW 2017;

Einreichung der Honorarangebote, der Arbeitsproben und der Beantwortung der Fragen 34. KW 2017;

Verhandlungsgespräche 38 KW 2017

VI.4) **Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren**

VI.4.1) **Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren**

Vergabekammer Schleswig-Holstein

Düsternbrooker Weg 94

Kiel

24105

Deutschland

Telefon: +49 0431-988-4640

E-Mail: vergabekammer@wimi.landsh.de

Fax: +49 0431-988-4702

VI.4.2) **Zuständige Stelle für Schlichtungsverfahren**

VI.4.3) Einlegung von Rechtsbehelfen

Genauere Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:

In Bezug auf die Rechtsschutzmöglichkeiten von Bietern gelten die §§ 155 ff. GWB.

Zu beachten ist insbesondere § 160 GWB:

(1) Die Vergabekammer leitet ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein.

(2) Antragsbefugt ist jedes Unternehmen, das ein Interesse an dem öffentlichen Auftrag oder der Konzession hat und eine Verletzung in seinen Rechten nach § 97 Absatz 6 durch Nichtbeachtung von Vergabevorschriften geltend macht. Dabei ist darzulegen, dass dem Unternehmen durch die behauptete Verletzung der Vergabevorschriften ein Schaden entstanden ist oder zu entstehen droht.

(3) Der Antrag ist unzulässig, soweit

1. der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Konzessionsgeber nicht innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Absatz 2 bleibt unberührt,
2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Konzessionsgeber gerügt werden,
3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Konzessionsgeber gerügt werden,
4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Konzessionsgebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

Satz 1 gilt nicht bei einem Antrag auf Feststellung der Unwirksamkeit des Vertrags nach § 135 Absatz 1 Nummer 2. § 134 Absatz 1 Satz 2 bleibt unberührt.

In Bezug auf Form und Inhalt des Nachprüfungsantrags gilt nach § 161 GWB:

(1) Der Antrag ist schriftlich bei der Vergabekammer einzureichen und unverzüglich zu begründen. Er soll ein bestimmtes Begehren enthalten. Ein Antragsteller ohne Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt, Sitz oder Geschäftsleitung im Geltungsbereich dieses Gesetzes hat einen Empfangsbevollmächtigten im Geltungsbereich dieses Gesetzes zu benennen.

(2) Die Begründung muss die Bezeichnung des Antragsgegners, eine Beschreibung der behaupteten Rechtsverletzung mit Sachverhaltsdarstellung und die Bezeichnung der verfügbaren Beweismittel enthalten sowie darlegen, dass die Rüge gegenüber dem Konzessionsgeber erfolgt ist; sie soll, soweit bekannt, die sonstigen Beteiligten benennen.

VI.4.4) Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt

Vergabekammer Schleswig-Holstein

Düsternbrooker Weg 94

Kiel

24105

Deutschland

Telefon: +49 0431-988-4640

E-Mail: vergabekammer@wimi.landsh.de

Fax: +49 0431-988-4702

VI.5) Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:

19/05/2017